

grünliberale

Grünliberale Partei Kanton Bern

Positionspapier

Finanz- und Wirtschaftspolitik

Verabschiedet

an der Gründungsversammlung vom 25. September 2007

Inhalt

1. Staatshaushalt
2. Wirtschaftspolitik
3. Arbeitsmarktpolitik



Grünliberale Partei
Kanton Bern
be@grunliberale.ch
www.be.grunliberale.ch

1. Staatshaushalt

Heutige Schulden belasten zukünftige Generationen und drohen deren Handlungsfähigkeit und persönliche Freiheit massiv einzuschränken. Wir Grünliberalen fordern daher einen Staatshaushalt, der unseren Kindern keine Schuldenberge hinterlässt. Das Ziel der Grünliberalen Partei ist es aus diesen Gründen, die relevante Staatsverschuldung (verzinsliche Schuld) innerhalb einer Generation auf die Hälfte zu reduzieren. Zur Erreichung dieses langfristigen Zielles darf in den nächsten Jahren sicher keine Neuverschuldung stattfinden. Positive Rechnungsüberschüsse rechtfertigen keine Ausgabensteigerungen. Die aktuellen Ausgaben (laufende Rechnung) des Staates sollen mit den aktuellen Einnahmen bestritten werden. Dafür setzen wir uns als Grünliberale ein.

Sparmassnahmen sind in allen Bereichen zu diskutieren und umzusetzen, denn nur der ständige Druck, Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung auszuloten, und eine wiederholte Überprüfung der Notwendigkeit staatlicher Leistungen, ermöglichen einen langfristig finanziell ausgeglichenen Haushalt, wie er von einer modernen staatlichen Verwaltung zu erwarten ist. Mögliche Einsparungen sehen wir Grünliberalen beim Standard des Strassenbaus, dem Militär und der Landwirtschaft. Im Sozialbereich, der öffentlichen Verwaltung aber auch im Bildungs- und Gesundheitsbereich sehen wir noch grosses Potential für Effizienzsteigerungen sowie neue, innovative und kostengünstigere Lösungen.

Sparmassnahmen sind für einen ausgeglichenen Haushalt, eine gesunde Entwicklung der staatlichen Finanzen und das Aufrechterhalten der erarbeiteten Lebensqualität unausweichlich. Es ist die bisher ungenügend wahrgenommene Aufgabe der gewählten Volksvertreter, der Bevölkerung diese Sachlage klar darzulegen und die Gefährdung liebgewordener staatlicher Leistung offen anzusprechen. Eine dynamische und nachhaltige Wirtschaft ist die Grundlage für die Sanierung der kantonalen Finanzen. Als Grundsatz für die von uns geforderten Sparmassnahmen gilt immer, dass der Kanton nicht auf Kosten der Gemeinden sparen darf, also Leistungen kürzt, die die Gemeinde danach aufbringen muss.

2. Steuer- und Ausgabenpolitik

a) Einkommens- und Gewinnsteuern (Direkte Steuern)

Neben dem reinen Fiskalzweck der Steuern sollen Steuern auch einen Lenkungszweck erfüllen. Statt mit Verboten sollen mit steuerlichen Anreizen für die Gesellschaft positive Tendenzen im ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich gefördert werden. Im Grundsatz gilt: Steuern sollen möglichst gerecht erhoben und die Leistung des Einzelnen soll belohnt werden. Die Eigenverantwortung des Bürgers muss steuerlich attraktiv sein.

Tiefe Steuern sind grundsätzlich ein wichtiger Faktor für einen attraktiven Wirtschafts- und Wohnstandort. Der Kanton Bern hat im interkantonalen Vergleich eine zu hohe Steuerbelastung. Es muss das Ziel des Kantons sein, eine Steuer- und Ausgabenpolitik zu verfolgen, die möglichst rasch zu einer breit wirksamen Steuerentlastung führt, ohne dass andere wichtige Standortfaktoren wie gute Ausbildungsangebote, ein hohes Bildungsniveau, eine intakte Umwelt, Sicherheit und attraktive Naherholungsgebiete gefährdet werden.

Das heutige komplizierte Steuersystem mit seinen vielfältigen und undurchsichtigen Abzügen ist radikal zu vereinfachen. Dabei gilt für uns Grünliberalen als oberstes Gebot, das Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen (60'000-160'000) auf keinen Fall weiter mit zusätzlichen Steuern oder Abgaben belastet werden. Das Steuer- und Sozialsystem darf nicht so gelagert sein, dass ein höheres Nominaleinkommen zu einem gleich hohen oder kleineren Nettoeinkommen führt. Wir Grünliberalen sind der Meinung, dass auch ein grundsätzlicher Systemwechsel hin zu einfacheren, transparenteren Berechnungsmodellen (Flat-Tax, Flat-Rate-Tax, Swiss Easy Tax) ernsthaft geprüft werden muss. Unabhängig von der zukünftigen Entwicklung des Steuersystems sind wir der Meinung, dass Abzüge für Fahrkosten abzuschaffen sind.

b) Indirekte Steuern

Parallel zur Vereinfachung der direkten Steuern soll der Kanton Bern in Zukunft verstärkt Einfluss auf eine ökologische Umgestaltung der Schweizer Steuerpolitik nehmen: Der Faktor Arbeit muss nachhaltig verbilligt und der Verbrauch von Energie und die Verschmutzung öffentlicher Güter verteuert werden, wie es das von uns für die Zu-

kunft favorisierte Konzept der ökologischen Steuerreform vorsieht.

Was wir ergänzen möchten: Lenkungsabgaben bzw. ökologische Steuerreform sollen budgetneutral ausgestaltet werden, das heisst nicht als zusätzliche Einnahmequelle für den Staat dienen. Alle Einnahmen einer Lenkungsabgabe sollen gleichmässig (pro Kopf) an die Bevölkerung zurückgegeben werden.

c) Finanzausgleich

Aus liberaler Sicht begrüssen wir den Steuerwettbewerb. Der Kanton Bern ist als Nettobezüger im Moment Nutznießer des Interkantonalen Finanzausgleichs. Aus grünliberaler Sicht sollte sich der Kanton Bern zum Ziel setzen, bezüglich wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit zum obersten Drittel der Kantone aufzuschliessen und damit mittelfristig die Rolle des Nettobezügers abzulegen.

3. Wirtschaftspolitik

a) Rolle des Staates

Die Aufgabe des Staates in der Wirtschaftspolitik ist es, zu definieren, innerhalb welcher Leitplanken sich der Markt abzuspielen hat. Die Leitplanken sind dabei so zu gestalten, dass:

- die wirtschaftliche Freiheit der Menschen möglichst wenig eingeschränkt ist,
- sich funktionierende Märkte entwickeln, die weder durch Überregulierung noch durch Monopole, Kartelle, Handelsschranken oder anderen Einschränkungen beeinträchtigt werden, und
- der Staat grundsätzlich nur dort als Anbieter von Leistungen auftritt, wo private Angebote nicht befriedigen können (Stichwort: Öffentliche Güter)

Um effizientes staatliches Handeln zu garantieren, sind die Massnahmen, um diese Ziele zu erreichen, regelmässig mittels Kosten-Nutzen Analysen zu überprüfen.

b) Service Public

Wir Grünliberalen befürworten einen Staat, der die Grundversorgung der Bevölkerung garantiert. Gleichzeitig sind wir Grünliberalen überzeugt, dass Private im Wettbewerb die zur Grundversorgung notwendigen Dienstleistungen häufig effizienter zur Verfügung stellen, als dies der Staat selber tun kann.

Der Staat gewährleistet die Rahmenbedingungen des Marktes, in dessen Rahmen vermehrt private Akteure im Wettbewerb die geforderten Leistungen erbringen. Anstelle von Subventionen in Märkten, in denen Gebühren nicht kostendeckend sein können, ist mittels Leistungsvereinbarungen mit den günstigsten Anbietern die effiziente Erbringung der Grundleistungen zu garantieren. Dabei sind die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass auch langfristige Interessen gewahrt bleiben. Dies gilt insbesondere für die Erhaltung der öffentlichen Infrastruktur. In Fällen, in denen kein funktionierender Markt organisiert werden kann oder hoheitliche Aufgaben betroffen sind, soll der Staat auch in Zukunft als Leistungserbringer tätig sein.

Die langfristige und nachhaltige Sicherung des Service public geniesst absolute Priorität vor überstürzten Privatisierungen und Liberalisierungen, da unausgereifte Lösungen sehr viel Schaden anrichten können (z. B. Eisenbahnen in Großbritannien oder Elektrizitätsversorgung in Kalifornien). Ein derartiges Vorgehen zum Stopfen von Haushaltslöchern ist zu unterlassen, um den Umbau des Kantons Bern und in letzter Konsequenz der ganzen Schweiz zu einem effizienten Staat nicht zu gefährden.

c) KMU

KMU bilden das Rückgrat der Wirtschaft im Kanton Bern. Die Öffnung der Märkte innerhalb Europas erhöht besonders für lokal tätige Unternehmen einen Wettbewerbsdruck. Als Unterstützung für die Anpassung der KMU an die geänderten Bedingungen sind überflüssige und behindernde Richtlinien und Gesetze zu streichen oder anzupassen und staatlich bedingter Verwaltungsaufwand in den KMU zu reduzieren durch Vereinfachung der Abläufe (z. B. Steuern, Lohnausweis, Unternehmensgründung etc.)

d) Innovationen fördern

Um die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit im Kanton Bern zu erhalten sind Innovationen zu fördern.

Grünliberale Vorschläge zur Förderung von innovativen Unternehmen und der nachhaltigen Sicherung eines gesunden Unternehmensgeistes sind:

1. Investitionsrisikogarantie – Zugang zu günstigem Fremdkapital
2. Förderung von Venture Capital
3. Attraktive, zentral gelegene Standorte und Räumlichkeiten zur Förderung von Jungunternehmen
4. Steuersenkungen für juristische und natürliche Personen

e) Ökologie und Wirtschaft

Der Schutz der natürlichen Lebensbedingungen ist ein wichtiges Staatsziel und für eine langfristige gesunde wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Die Einhaltung internationaler Verpflichtungen, wie das Kyoto-Protokoll, ist daher unumgänglich. Zur Erreichung dieses Ziels sind vorzugsweise staatsquotenneutrale, marktwirtschaftliche Instrumente, wie z. B. Lenkungsabgaben oder Handel von Zertifikaten, einzusetzen. Die Einführung solcher Lenkungsmaßnahmen erfolgt in einem überschaubaren Zeitraum in Stufen, damit sich die Wirtschaft an die sich ändernden Märkte anpassen kann. Wir erachten solche Massnahmen als Impulse, welche die Anpassung der Schweizer Wirtschaft an die zukünftigen internationalen Wettbewerbsbedingungen fördern. Zudem sind wir der Auffassung, dass Innovationen in den Bereichen effizienter Energieeinsatz, technischer Umweltschutz und emissionsarmen Produktionsprozessen die Basis einer starken zukünftigen Schweizer Exportwirtschaft bilden können. Diese Massnahmen sind vielmehr als kurzfristige Herausforderungen für die Schweizer Wirtschaft zu sehen, damit diese sich mittel- bis langfristig als starken Mitbewerber an der Spitze des globalen Marktes positionieren kann.

f) Globalisierung

Die Prozesse der Globalisierung führen zu einem beschleunigten Strukturwandel und lassen sich nicht aufhalten. In diesem Sinne hat der Staat strukturerhaltende Massnahmen wie staatliche Zuschüsse an Unternehmen und produktionsgebundene Subventionen zu unterlassen, da diese Innovationen hemmen und die im internationalen Wettbewerb notwendigen Anpassungen verhindern oder hinauszögern.

4. Arbeitsmarktpolitik

Die Grünliberalen erachten den vergleichsweise flexiblen und wenig regulierten Arbeitsmarkt in der Schweiz als grossen Standortvorteil. Daher sind neue staatliche Eingriffe – etwa in Form von Mindestlöhnen – abzulehnen, da diese erwiesenermassen zu mehr Arbeitslosigkeit führen.

Die Grünliberalen befürworten eine Arbeitslosenversicherung, welche die Möglichkeit und den Anreiz zu einer schnellen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt fördert.

Verschiedene Studien zeigen, dass Zwischenverdienste (vom RAV teilsubventionierte private Stellen) staatlichen Beschäftigungsprogrammen vorzuziehen sind.

Neben dieser aktiven Beschäftigungspolitik durch den Staat, soll aber auch der Anreiz zur Eigeninitiative bei der Stellensuche gefördert werden, etwa durch eine in der Bezugsdauer abnehmende Höhe des Taggelds.